



Dafür setzen wir uns ein! Juli 2008

Neben verschiedenen anderen Themen bearbeiten wir auch diese:

1	Staatliche Institutionen in Karlsruhe.....	1
1.1	Musikhochschule	1
1.2	Generallandesarchiv.....	1
1.3	Naturkundemuseum	2
1.4	Restaurierung der Schlossgärten.....	2
1.5	Schloss - Landesmuseum.....	2
1.6	Großherzogliche Grabkapelle	2
1.7	Sanierungsstau in der Elite-Universität	2
1.8	Staatstheater	3
2	Metropolregion	3
3	Ausbau- und Neubaustrecke Karlsruhe-Basel	3
4	Hochwasserschutz am Oberrhein.....	4

1 Staatliche Institutionen in Karlsruhe

In den letzten Jahrzehnten wurden in Stuttgart Kultureinrichtungen in großzügiger Weise neu oder entsprechend ausgebaut. Dies geschah und geschieht immer mit dem Hinweis, dass es ja in Stuttgart sich um die Landeshauptstadt handelt. Unsere Recherchen haben ergeben, dass in keinem anderen Bundesland die Landeshauptstädte auch nur annähernd solche Vorteile genießen. So ist z. B. die Stuttgarter Wilhelma der einzige staatliche Zoo in ganz Deutschland. Die Zoos in Heidelberg und Karlsruhe dagegen sind rein städtische Einrichtungen, die ohne staatliche Zuschüsse auskommen müssen.

Seit Jahren drängen wir deshalb Landesregierung und Landtag, dieses Missverhältnis zwischen Stuttgart und den anderen Großstädten zu verändern.

Einige Schritte in die richtige Richtung ging die Landespolitik, in dem sie folgende Investitionen im Staatshaushalt vorgesehen hat:

1.1 Musikhochschule

Eine Gesamtinvestition von 29,5 Mio. Euro soll in den Haushalt 2009 aufgenommen werden; Baubeginn soll Herbst 2009 sein, damit wird endlich auch die Musikhochschule Karlsruhe die räumlichen Voraussetzungen erhalten, die Stuttgart und andere Hochschulen schon seit vielen Jahren haben.

1.2 Generallandesarchiv

Es platzt aus allen Nähten, Archivalien sind wegen mangelnder und unzureichender Räumlichkeiten gefährdet, aber der Baubeginn wird bereits noch 2008 sein. Entsprechend der Baufortschritte sollen auch die Gelder zur Verfügung stehen.

1.3 Naturkundemuseum

In Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten und den Fraktionsvorsitzenden der Landtagsparteien setzen wir uns dafür ein, dass der Westflügel des Naturkundemuseums, der heute vom Generallandesarchiv und Landesbibliothek belegt ist, möglichst bald geräumt und dem Museum zur Erweiterung zur Verfügung gestellt wird. Bis zum Stadtgeburtstag 2015 hätte dann endlich das Naturkundemuseum seinen Status erreicht, den es bis zu seiner Zerstörung im Zweiten Weltkrieg hatte.

1.4 Restaurierung der Schlossgärten

40 Jahre nach der Bundesgartenschau hat endlich die Restaurierung der Schlossgärten begonnen und Ministerpräsident Oettinger hat uns versprochen, dass bis zum Stadtgeburtstag weitere 14 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden, um nach einer Bestandsaufnahme durch ein Parkpflegewerk die Gärten zu restaurieren. Erneuert ist bereits der Plattenbelag um das Schloss und mit dem Parterre auf dem Schlossplatz wird es weiter gehen. Das Parterre befindet sich heute in einem desolaten Zustand, weil die Betonteile, Betonstufen etc., die man aus Sparsamkeitsgründen verwendet hatte, zerbröseln. Sie sollen durch hochwertiges Natursteinmaterial ersetzt werden. Die Pflege der Schlossanlagen, mit Ausnahme des Botanischen Gartens, lässt seit Jahren zu wünschen übrig. Die Investitionen in historische Gärten im württembergischen Landesteil - und dies gilt auch für die Schlösser - waren weit höher. Der badische Landesteil hat auch hier einen großen Nachholbedarf.

1.5 Schloss - Landesmuseum

Nach Auffassung der Landesvereinigung Baden in Europa soll zum Stadtgeburtstag auch eine Renovierung des Schlosses mit Wiederherstellung einiger historischer Räume vorgesehen werden. Für das Landesmuseum wird damit verbunden eine Erweiterung notwendig. Seit langem wird vom Landesmuseum die Schaffung von Räumen für Sonderausstellungen gefordert. Unseres Erachtens könnten diese durch einen Ausbau des ehemaligen Landesgewerbeamtes in der Karl-Friedrich-Straße mit einer evtl. Erweiterung im Innenhof erreicht werden. Auch der Pavillon im Nymphengarten könnte für weitere Landesausstellungen umgestaltet werden.

1.6 Großherzogliche Grabkapelle

Von 1889 bis 1896 wurde die Grabkapelle im Fasanengarten als Grablege für das Großherzogliche Haus errichtet. Am Bau waren 24 Firmen beteiligt, wovon 22 aus Baden stammten. Die Kosten betragen insgesamt 745.000 Goldmark. Die Grabkapelle ist geschichtlich sowie architektonisch, künstlerisch und handwerklich ein „badisches Kleinod“.

Der Zustand der Grabkapelle ist schlecht, zudem ist sie nur an ca. 5 Tagen im Jahr der Öffentlichkeit zugänglich.

Wir setzen uns dafür ein, dass sie spätestens bis zum Stadtgeburtstag 2015 komplett saniert ist, dazu gehört u. a. auch die originale Orgel aus der Durlacher Orgelfabrik. Weiterhin muss die Außenanlage in den ursprünglichen Zustand wiederhergestellt werden. Die Grabkapelle ist im Eigentum des Landes, demnach sind auch von diesem die Kosten zu tragen.

1.7 Sanierungsstau in der Elite-Universität

Die Karlsruher Universität wird seit Jahren vom Land Baden-Württemberg finanziell schlechter gestellt als die Universität Stuttgart bei etwa gleicher Studentenzahl. Mehrfach haben wir auf dieses Missverhältnis die Landesregierung hingewiesen, ohne jedoch bisher Entscheidendes zu erreichen. Es handelt sich immerhin um eine Summe von ca. 30 Mio. Euro pro Jahr, die Karlsruhe weniger erhält als Stuttgart. Dennoch ist Karlsruhe Elite-Universität geworden und es geht nun darum, dass das Land alle Anstrengungen unternimmt, um die finanzielle Basis für eine weitere Elite-Arbeit zu sichern. Die bauliche Entwicklung, sowohl im Neubaubereich, als auch in der Sanierung der Altbauten sind dabei ebenso wichtig, wie die bürokratischen Weichenstellungen, damit Sponsorengelder in Millionenhöhe sinnvoll verwendet werden können.

1.8 Staatstheater

Am Staatstheater wird ab 2011 ein Gesamtkonzept für eine Generalsanierung notwendig. In Stuttgart werden zurzeit ca. 40 Mio. Euro in die Sanierung der Staatstheater gesteckt. Dringend notwendig sind die Verbesserung der technischen Infrastruktur und insbesondere die Schaffung von entsprechenden Proberäumen, da die Vorhandenen längst nicht mehr modernen und menschenwürdigen Anforderungen genügen.

2 Metropolregion

Die Landesvereinigung setzt sich seit Ende der 90iger Jahre mit aller Kraft für eine europäische Metropolregion am Oberrhein als einen Zusammenschluss von Elsass, Nordschweiz, Pfalz und dem badischen Landesteil ein. In Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern, und den Gebietskörperschaften ist es 1999 dann gelungen, in den Landesentwicklungsplan eine Formulierung einzubringen, die den badischen Landesteil so behandelt, wie eine europäische Metropolregion. Den Status einer europäischen Metropolregion kann nur die dafür zuständige Ministerkonferenz aller Bundesländer erteilen und hat die Anzahl europäischer Metropolregion in Deutschland auf 11 festgesetzt.

Im Rhein-Neckardreieck ist es gelungen, zusammen mit Teilen der Pfalz und Hessens europäische Metropolregion zu werden, die im Westen bis Wörth und im Osten bis Mosbach reicht.

3 Ausbau- und Neubaustrecke Karlsruhe-Basel

Stuttgart 21, das ist die Tieferlegung des gesamten Bahnhofsgeländes in Stuttgart mit einem riesigen Gewinn an Bauflächen für die Stadt Stuttgart, ist trotz eines Gesamtaufwandes von 4,8 Mrd. Euro (alternative Schätzungen sprechen von 7 Mrd. Euro) in trockenen Tüchern.

Die Landesregierung Baden-Württemberg hat sich für diesen Ausbau mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln seit Jahren eingesetzt und sich sogar bereiterklärt, für eine Aufgabe von Bund und Deutscher Bahn 1,6 Mrd. Euro aus dem Landeshaushalt zur Verfügung zu stellen.

Wir haben von Anfang an vor dieser Investition, die vor allen Dingen die Zentralität Stuttgarts verstärkt, aber auch für die Bevölkerung in Stuttgart Nachteile bringt, gewarnt. Diese Investitionen gehen zulasten des gesamten Landes. Unsere Befürchtungen, dass für den dringend notwendigen Ausbau der Oberrheinstrecke dadurch die entsprechenden finanziellen Mittel fehlen würden, sind voll eingetroffen.

Trotz internationaler Verträge, nach denen die Ausbaustrecke bis zur Fertigstellung des Gotthard-Basis-Tunnels im Jahre 2017 die Zubringerstrecken fertig sein sollen, steht zurzeit die notwendige Finanzierung nicht zur Verfügung. Es sollen zwei zusätzliche Gleise parallel zur Rheintalbahn gebaut werden, die für den steigenden Verkehr unbedingt notwendig sind. Es sind 182 km Streckenlänge, davon 132 km Ausbaustrecke und 50 km Neubaustrecke. Von Bruchsal bis Appenweier ist diese Strecke gleichzeitig Teil der Magistrale von Paris nach Budapest für den TGV.

Die Brücke bei Straßburg-Kehl ist im Bau und soll bis 2010 fertiggestellt sein. Es fehlen die sogenannte „Appenweierer Kurve“ und vor allem der Rastatter Tunnel mit einer Länge von 4270 m, ohne den die Geschwindigkeit des TGV und der ICE-Züge auf das Tempo von Regionalzügen zurückgeführt werden muss.

Die Höchstgeschwindigkeit auf der Strecke Karlsruhe-Basel beträgt heute 160kmh und soll auf 250kmh gesteigert werden. Die Gesamtinvestition beträgt 3,2 Mrd. Euro. Die Landesregierung hatte nach der Vertragsunterzeichnung Stuttgart 21 versprochen, sich mit gleicher Kraft für die Finanzierung der Oberrheinstrecke einzusetzen. Der für den Verkehr zuständige Innenminister Heribert Rech hat uns vor wenigen Tagen erneut versprochen, unsere Forderungen zu unterstützen und hat den Bundesverkehrsminister Tiefensee gebeten,

einen angemessenen Teil der frei gewordenen Transrapid-Millionen für den Ausbau der Rheintalbahn einzusetzen. Wir setzen uns für eine umwelt- und menschonende Lösung ein. **Der Ausbau ist für den Wirtschaftsstandort Baden von größter Bedeutung.**

4 Hochwasserschutz am Oberrhein

Die extremen Hochwasserereignisse in den vergangenen Jahren an Oder, Donau und Elbe haben gezeigt, wie dringend die Verbesserung des Hochwasserschutzes am nördlichen Oberrhein zwischen Iffezheim und Mannheim ist.

Nach dem deutsch-französischen Vertrag von 1982 hat sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, den 200-jährlichen Hochwasserschutz am Oberrhein, wie er vor dem Oberreinausbau vorhanden war, wiederherzustellen.

Da in den vergangenen Jahrzehnten sich Siedlungen, Industriegebiete und Infrastruktureinrichtungen verstärkt zum Rhein hin ausdehnten, wurden enorme Sachwerte hinter den Dämmen geschaffen. Würde heute unterhalb von Iffezheim ein 200-jähriges Hochwasser auftreten, wäre mit Schäden von bis zu 6,2 Mrd. Euro zu rechnen.

Die Polder in Frankreich sind einsatzbereit. In Rheinland-Pfalz sind die erforderlichen Rückhaltermaßnahmen teilweise fertig gestellt, im Bau bzw. in den Plangenehmigungsverfahren.

In Baden-Württemberg dient zur Umsetzung dieser Hochwasserschutzkonzeption das vom Land im Jahr 1988 aufgelegte "Integrierte Rheinprogramm" (IRP). Das Ziel dieses Programms besteht in der Wiederherstellung des 200-jährlichen Hochwasserschutzes unterhalb von Iffezheim bei gleichrangiger Berücksichtigung von ökologischen Aspekten (Erhaltung und Regeneration der Rheinauenlandschaft).

Nach Fertigstellung des Polder Söllingen sowie des im Bau befindlichen Polders auf der Rheinschanzinsel bei Philippsburg ist es dringend erforderlich, dass die notwendigen weiteren rechtsrheinischen Rückhalteräume zügig gebaut werden. Die Städte und Gemeinden auf der zu schützenden nicht ausgebauten Rheinstrecke unterhalb von Iffezheim sowie die Regionalverbände unterstützen dies. Hierfür sind dringend die für die Planungen und den Bau erforderlichen Haushaltsmittel vom Land Baden-Württemberg bereitzustellen.

Zusätzlich sind dringend die vorhandenen Rheinhochwasserdämme unterhalb von Iffezheim zu sanieren.

Für die Umsetzung dieser notwendigen Baumaßnahmen sind in den kommenden Jahren weitere Landesmittel in erheblichem Umfang erforderlich.

Für die kommenden Haushaltsjahre werden benötigt:

Mindestens 10 Mio. Euro Landesmittel/Haushaltsjahr für die Dammsanierung zwischen Iffezheim und Mannheim (Gesamtbedarf 150 Mio. Euro).

Mindestens 35 Mio. Euro Landesmittel/Haushaltsjahr für Planung und Bau der erforderlichen Rückhalteräume zwischen Basel und Mannheim (Gesamtbedarf 500 Mio. Euro).